



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission
vom: 14. April 2011
zur Vorlage Nr.: [2011-007](#)
Titel: **Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen («Stipendien-Konkordat»)**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen («Stipendien-Konkordat»)

Vom 14. April 2011

1. Ausgangslage

Die Harmonisierung der Ausbildungsbeiträge (Stipendien und Ausbildungsdarlehen) ist seit 40 Jahren in der Schweiz ein Thema. Die interkantonalen Bestrebungen zur optimaleren Ausschöpfung des Bildungspotentials der Bevölkerung sollen gefördert werden. Das vorliegende Konkordat hat die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) am 18. Juni 2009 grossmehrheitlich genehmigt. Baselland hat sich sowohl im Rahmen der EDK wie auch beim Bund für dieses Konkordat eingesetzt.

2. Zielsetzung des Postulats

Durch den Beitritt zum Konkordat soll zwischen den Kantonen die formale und materielle Harmonisierung erreicht und damit die optimale Ausschöpfung des Bildungspotentials der Bevölkerung gefördert werden.

3. Kommissionsberatung

Die Vorlage wurde von der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Sitzungen vom 17. Februar und 24. März 2011 beraten. An den Sitzungen waren Regierungsrat Urs Wüthrich, Roland Plattner, Generalsekretär BKSD, Hanspeter Hauenstein und Dieter Thommen, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung BKSD, für die Erläuterungen des Sachverhaltes sowie zur Beantwortung von Fragen anwesend.

3.1. Beratung im Einzelnen

Die Vorlage wurde nach ausführlicher Präsentation durch die BKSD und einer grundsätzlichen Diskussion von der Kommission aus formaljuristischen Mängeln an die Regierung zurück gewiesen. Ausschlaggebend war die Tatsache, dass mit der Vorlage nicht gleichzeitig die entsprechenden Gesetzesänderungen beim Gesetz über die Ausbildungsbeiträge (GABE) vorgelegt werden, wie dies die Verfassung in § 64, Absatz 2, fest legt: «*Erfordern Staatsverträge Verfassungs- oder Gesetzesänderungen, so nimmt der Landrat diese gleichzeitig mit der Genehmigung vor.*»

Dennoch hat sich die Kommission mit der Vorlage materiell auseinander gesetzt; dies wird sich bei der zu neu erwartenden verbesserten Vorlage hoffentlich zeitlich auszahlen. Die Meinungen waren geteilt, ob sich Baselland dem Konkordat anschliessen soll. Die wesentlichste Änderung für BL ist, dass auch Leute mit einer Aufenthaltsbewilligung (B), die seit mindestens 5 Jahren im Kanton wohnen, berücksichtigt werden. Dies führt zu Mehrausgaben von jährlich CHF 250'000, was einem Teil der Kommission angesichts der finanziellen Situation des Kantons missfällt. Ansonsten erfüllt Baselland die Maximalanforderungen des Konkordats bereits.

Eine vertiefte Diskussion ergab sich auch über den Unterschied zwischen Stipendien und Ausbildungsdarlehen. Bei einem Stipendium ergibt sich im Gegensatz zum Ausbildungsdarlehen kein Rückzahlungszwang. Stipendien sind als Ausgaben à fond perdu definiert. Ein Teil der Kommission findet, man sollte die Darlehensvergabe forcieren, damit wieder Geld an den Kanton zurück fliesst, zumal die Empfänger nach Eintritt in das Berufsleben finanziell mehrheitlich gut in der Lage wären, solche Rückzahlungen zu tätigen. Dem Antrag der SP-Fraktion auf Rückweisung an die Regierung mit dem Auftrag, die formaljuristischen Forderungen der Verfassung zu erfüllen, widersetzte sich der Bildungsdirektor nicht. Er wies darauf hin, der Handlungsbedarf sei nicht dramatisch und daher die zeitliche Verschiebung zu verschmerzen.

Abstimmung über Rückweisung

://: Die BKSK stimmt dem Rückweisungsantrag an die Regierung mit 11:0 Stimmen ohne Enthaltung zu.

4. Antrag

://: Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat Rückweisung der Vorlage an die Regierung.

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Karl Willimann, Präsident

Füllinsdorf, 14. April 2011